

Sächsische Volkszeitung

Wöchentlich erscheint mit Wiederaufnahme der Sonne u. Mitternacht.
Abonnement: 1 Mark. 50 Pf. f. 1. Liefer. 2 Kr. 55 Pf. jährl.
Belegpreis: 5 Pf. abw. Postkosten sind zu entrichten. Anzeige
Befreiung: Bei all. und. Postanstalten ist gewünscht. Anzeige
Anzeige: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt i. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Anzeige werden die Säfte, welche über deren Raum mit
15 Pf. Belasten m. 50 Pf. die Seite, bestimmt. Wiederholte Belebung.
Gebühren: Gebühren und Gebühren: Dresden
Dresden: Gebühren und Gebühren: Dresden
Dresden: Gebühren und Gebühren: Dresden

Schluss der Marokko-Debatten.

Nach dem deutschen Reichstage hat jetzt auch die französische Deputiertenkammer sich mit dem Ergebnis der Marokko-Konferenz beschäftigt und wir dürfen damit an den Schluss der Marokko-Debatten angelangt sein.

Im Reichstage haben diese bekanntlich mit einer schrillen Difonanz geschlossen; nicht wegen Marokkos, sondern durch das tiefe Unwohlsein des Reichskanzlers, dessen Folgen gegenwärtig immer noch nicht absehbar sind. In der Sache selbst herrschte im Reichstage eine große Einmütigkeit; alle bürgerlichen Parteien billigten die Haltung des Reichskanzlers und sprachen dies als ihre ehrliche Überzeugung aus. Wohl niemand wird den Standpunkt des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg teilen, der da meinte, daß die Haltung des Reichskanzlers in dieser Frage auch dann vom Reichstage verteidigt werden müßte, wenn man selbst mit derselben nicht einverstanden sei. Solche Theaterpielerei kann eine große Fraktion nicht treiben; sie ist sich selbst, dem Volke und schließlich auch den leitenden Persönlichkeiten schuldig, ihre Ansichten offen zum Ausdruck zu bringen. Das Zentrum hat dies auch getan; es stimmte zu, wo es nach seiner Ansicht zustimmen konnte; es tadelte aber auch den persönlichen Zug, der sich in unserer auswärtigen Politik geltend macht. Wenn der leichte Schlaganfall des Reichskanzlers nicht die Debatten unterbrochen und gedämpft hätte, wäre wohl mehr Temperament in diese gekommen; aber so stand alles unter dem Eindruck einer lebhaften Verzognis, und das Redegesetz ging ohne Knall und Treffer aus.

Zuletzt hat die französische Deputiertenkammer auch ihre Marokko-Debatte gehabt. Das neue Ministerium war höchst vorsichtig; der Minister des Äußeren, Bourgeois, hat eine ganz genau formulierte Erklärung verlesen; er ließ sich auch im Laufe der Sitzung auf keine Debatte ein. Die Erklärung ist so ausgeschaffen, wie wir es vermuteten. Mit größtem Trommelfeuer wird der Sieg Frankreichs verkündigt. Man merkt es dem Redensar sehr gut an, mit welchem Wohlbehagen die leitenden Männer dieses verfertigt haben; überall wird der Erfolg Frankreichs in den Vordergrund gestellt. Wo irgend einmal die Sonderrechte Frankreichs unterstellt worden sind, hebt es die Erklärung hervor. Im übrigen zählt die Erklärung nur auf, was Frankreich erreicht hat, und feierte am Schlafse die Bündnistreue der befremdeten Mächte. Die Verlesung dieser rein sachlichen, mit Ausnahme der Schlusshöhe etwas trockenen Erklärung wurde durch Beifall unterbrochen, als Bourgeois die Tatkräft und Geschicklichkeit Revois lobte und als er die Unterstützung hervorhob, die Frankreich bei den ihm anliegenden und befremdeten Mächten gefunden hat. Die Schlusshöhe: „Frankreich hat die Dankbarkeit seiner Allianzen und seiner Freundschaften prüfen können, zu denen andere kostbare Sympathien getreten sind; es schöpft aus dieser Situation um so mehr Kräfte. Dass es diese Kräfte einzigt im Interesse der Zivilisation zu verwerten wünscht“ — wurden von fast allen Deputierten applaudiert. Die hierauf entstehende Debatte war von ganz untergeordneter Bedeutung; von den hervorragenden Parlamentariern hat niemand das Wort ergriffen; es scheint eine stiller Abschaltung unter denselben stattgefunden zu haben. Nur ein Ausschuss des Sozialisten Rauanet verließ die Kammer in etwas Aufregung. Es wurde unsicher aufgenommen, als dieser vor der neuen Russensanktion warnte. Zuletzt hat Russland für sein Verhalten den verdienten Lohn. Deutschland verdiene seine Rassen und in Frankreich werden sich auch viele Leute sehr zurückhaltend benehmen. Die Sitzung schloß mit einer großen Vertrauenskundgebung für das Ministerium und dann sind die Konferenzkosten von der Kammer einstimmig bewilligt worden; selbst die Sozialdemokraten stimmten hierfür, was in Deutschland nicht so bald eintreten wird.

Eine etwas überraschende Kundgebung kommt aus Washington für uns Deutsche; Präsident Roosevelt hat eine Abordnung des deutschen Kriegerbundes empfangen und hierbei in einer Ansprache den deutschen Kaiser und das deutsche Volk zu dem in Algeciras erzielten Erfolge beglückwünscht. Er glaubte, sagte der Präsident, daß das Ergebnis der Konferenz die Beziehungen zwischen den beiden mächtigen Staaten Frankreich und Deutschland freundlicher gestalten werde. „Es ist meine Hoffnung und mein Wunsch“, legte er hinzu, „wie es die Hoffnung und der Wunsch eines jeden sein muß, der es gut mit der Menschheit meint, daß diese freundlichen Beziehungen nicht allein ungetroffen fortduern, sondern stets an Stärke zunehmen möchten.“ Was die Konferenz in Algeciras angehe, so hätten die Amerikaner als Nation daran wenig Interesse, außer daß es immer ihre Sorge sei, überall Gerechtigkeit walten zu sehen, und daß sie, so weit sie es angemessen erweise tun können, für die Sache des internationalen Friedens und internationales Freundschaft wirken wollen. Der Präsident bemerkte ferner, seine Rasse habe den Amerikanern bessere Eigenschaften gegeben, als die Männer deutschen Stammes und Blutes. Diese Worte klingen sehr hübsch und wir sind auch über diese erfreut. Aber wir würden es noch lieber sehen, wenn Präsident Roosevelt denselben auch die Taten folgen lassen würde, d. h. wenn er dafür sorgen würde, daß endlich ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Union zu stande kommt. So lange die amerikanische Zollbehörde unsere deutsche Einfuhr derart diskreditiert, wie es heute der Fall ist, liegt, ist eitel Spiegelerei und Volksbetrug!

Kann man leider auch solchen Worten nicht uneingeschränkt Beifall zollen! Taten wollen wir sehen!

Am Ende der Marokko-Debatten geziemt es sich, dem leitenden Reichskanzler den Dank des deutschen Volkes dafür auszusprechen, was er im letzten Jahre für uns getan hat. Die Entscheidung über Krieg und Frieden stand manchmal auf des Meisters Schneide, Fürst Bülow stand der Krieg nicht und er hat hierin gut getan. Ein temperamentvoller Kanzler hätte uns in böse Verwicklungen führen können. Wenn wir diesen entkommen sind, ist es in erster Linie sein Verdienst, das stets bestehen bleibt.

Möge er bald vollständig hergestellt sein! — Die Münchener Sozialdemokraten haben beschlossen, den bedienenden Kellnerinnen das Trinkgeld zu entziehen, da sie der sozialdemokratischen Organisation nicht angehören und sich weigerten, ihr beizutreten. Die Aufforderung, den Kellnerinnen das Trinkgeld zu entziehen, ist um so menschenfreudlicher, als bekanntermassen die Kellnerinnen lediglich von den Trinkgeldern leben müssen. Die Genossen beweisen damit wieder einmal, wie anständig ihre Kampfmittel sind.

Am sozialdemokratischen Konsumverein zu Ronneburg (Thüringen), der gegenwärtig 600 Mitglieder zählt, wurde ein Zehnbetrag von 8000 Mark entdeckt. Alle Aufsichtsratsmitglieder und sämtliche Amtsträger, wie die des Geschäftsführers, waren von „Genossen“ besetzt. Der Geschäftsführer wurde von seinem Amt suspendiert und die Bücher wurden einem Revisor zur Untersuchung zugesandt. Der einige Wochen brauchen wird, um ein klares Bild über die Lage zu geben.

Schweiz.

Auf der Versammlung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Basel, wurde die sogenannte direkte Aktion zu Gunsten des Achtstundentages mit 135 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag der Holzarbeiter, den Gewerkschaftsbund in der gegenwärtigen Form aufzulösen und nach Art der deutschen Generalkommision zu organisieren, wurde abgelehnt.

Rom.

Kardinal Gallegotti, Bischof von Padua, ist am 14. d. Mts. gestorben. Er war am 4. November 1841 zu Benedig geboren und seit 1904 Kardinal.

Italien.

Der deutsche Botschafter hat an den Minister des Äußeren ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem er sein Beileid zu den schmerzlichen Ereignissen am Besuv ausspricht. In dem Schreiben heißt es: Der schreckliche Ausbruch des Besuvs, der die blühende Umgebung von Neapel verwüstete, habe in Deutschland die Lebhaftesten und aufrichtigsten Sympathien hervorgerufen. Jetzt, wo die unmittelbare Gefahr vorüber zu sein scheint und man die Größe des Unglücks abmessen könne, wünsche die Kaiserliche Regierung der Königlichen Regierung und der italienischen Nation ihr Beileid und ihr herzlichstes Mitgefühl zu dem Unglück, das Italien durch diese neue Katastrophe getroffen habe, auszudrücken. — Nach den bei der Präfektur eingegangenen Nachrichten zeigen die Lavatröme bei Boscoreale, Boscorocce und Torre Annunziata keine Bewegung mehr. Eine Depesche des Professors Mattenoci vom Beobachteratort meldet, die Instrumente waren gestern sehr ruhig und der Sandauswurf verringert; er ist in Ruhe einem befridigenden Endverlauf des Ausbruches entgegen. — Aus Ottaviano wird gemeldet: Hier fällt jetzt sehr dichter Asche- und Sandregen; gestern früh 2 Uhr wurde ein leichter und um 5 Uhr ein starker Erdstoss verübt. Die telegraphische Verbindung mit Terzigno ist wieder in Ordnung. — Die „Patria“ schreibt zu dem Schreiben des Botschafters an den Minister des Äußeren: Die courtoisievolle Mitteilung des deutschen Botschafters kann nur hohe Befriedigung in Italien hervorrufen, das schon verschieden Male die Vereinigung Kaiser Wilhelms erfahren hat. „Giornale d’Italia“ erklärt: Man könnte an den Gefühlen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes gegen Italien nicht zweifeln, die sich stets von aufrichtiger Sympathie und von Solidaritätsgefühl beweist gegen uns gezeigt haben. Der deutsche Botschafter hat heute offiziell das zum Ausdruck gebracht, was die deutsche Presse bereits in den letzten Tagen hervorgehoben hat.

Frankreich.

Der Senat fragte Senator Labiche wegen des Auslands der Postbeamten an. Minister Barthou wiederholte darauf seine bereits in der Kammer abgegebenen Erklärungen und führte weiter aus: Der Ausstand ist eben ungerechtfertigt wie ungefechtlich. Er hat mit einem Gewaltstreit begonnen und sich dann zu einer förmlichen Revolte entwickelt. Die Regierung kann seine der gestellten Forderungen bewilligen, da sich diese als Drohungen darstellen. Die Beamten haben keinerlei Verachtung zu diesem Ausstande. 300 Ausständige sind bereits entlassen worden, und die Mafioso sind ernst zu nehmen und werden endgültig in Kraft erhalten werden, denn die Regierung will sich nicht eines Verzichtes auf ihre Rechte bedingen machen.

Der Senat und die Kammer haben am 11. d. M. abends das Gesamtbudget angenommen und sich darauf bis zum 1. Juni vertraut.

In der Nacht des 15. d. M. hielten etwa 5000 Postunterbeamte eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, die ausständigen Briefträger mit allen Mitteln zu unterführen. Die ausständigen Briefträger beschlossen, den Ausstand bis zum öfteren fortzuführen. Dagegen wird gemeldet, daß die mit der Drucksachenbestellung betrauten Briefträger am 15. d. M. die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Niederlande.

Die zweite Friedenskonferenz wird nicht im nächsten Sommer stattfinden.

Portugal.

In Bord des Panzerschiffes „Vasco de Gama“ ist eine Reveturie abgebrochen. Das Schiff war am 13. April abends vor Lissabon verankert, als plötzlich eine ungewöhn-

